

Naturalisierungsstrategien im Feld der Weiterbildung: Entwurf einer Diskursanalyse zwischen Gouvernementalität und diskursivem Kampf

Wrana, Daniel

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerksbeitrag / collection article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Wrana, D. (2008). Naturalisierungsstrategien im Feld der Weiterbildung: Entwurf einer Diskursanalyse zwischen Gouvernementalität und diskursivem Kampf. In K.-S. Rehberg (Hrsg.), *Die Natur der Gesellschaft: Verhandlungen des 33. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Kassel 2006. Teilbd. 1 u. 2* (S. 3182-3192). Frankfurt am Main: Campus Verl. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-151270>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Naturalisierungsstrategien im Feld der Weiterbildung – Entwurf einer Diskursanalyse zwischen Gouvernementalität und diskursivem Kampf

Daniel Wrana

Einleitung

Die Entwicklung und die breite Installation von Qualitätssicherungssystemen im Bereich der allgemeinen und beruflichen Weiterbildung in den letzten 15 Jahren kann mit den *governmentality studies*¹ als Regierung von Qualität begriffen werden. In den Blick gerät dann einerseits, welche Praktiken etabliert worden sind, um auf »Qualität« Einfluss zu gewinnen, zugleich aber wird »Qualität« nicht als gegebene empirische Größe betrachtet. Vielmehr wird untersucht, aufgrund welcher diskursiver Horizonte und mit welchen diskursiven Praktiken Qualität als Gegenstand und Steuerungsdimension von Regierung zuallererst konstituiert wird. Darüber hinaus ist zu fragen, welchen Einsatz Qualität darstellt bzw. welche Rolle das Lancieren von »Qualität« in einem größeren Kontext von Praktiken spielt. Ich möchte im Folgenden den Entwurf einer Studie methodologisch diskutieren, die in diesem Sinn die Etablierung von Qualitätssicherungssystemen in den Blick nimmt.

Neben einer Analyse der Qualitätshandbücher, die als präskriptive Texte zur Durchführung von Audits und den damit verbundenen Praktiken gelten können, wurde für diese Studie ein Korpus aller Zeitschriftenartikel der bedeutenderen Fachzeitschriften zu den Themen Qualität und Qualitätssicherung ausgewählt. Beide Materialien werden diskursanalytisch untersucht. Die Etablierung von Regierungspraktiken der Qualität bzw. durch Qualität soll dabei nicht als Durchsetzungsprozess der Gültigkeit neoliberaler Praktiken und Dispositive dechiffriert werden,

¹ Der Untersuchungsgegenstand der *governmentality studies* sind die Praktiken des Regierens, wobei Regierungshandeln nicht auf »Regierungen« eingeschränkt bleibt; untersucht werden vielmehr die verteilten Weisen des Führens anderer als gesellschaftlicher Zusammenhänge. Der besondere Fokus dieser Analytik der Regierung gilt der Verschränktheit von Fremd- und Selbstführung und damit insbesondere den neoliberalen Regierungspraktiken. Die *governmentality studies* schließen an einen Vorlesungszyklus von Michel Foucault (Foucault 2004a,b) an; sie haben sich zunächst im englischen (z.B. Burchell u. a. 1994; Dean 1999) und in den letzten Jahren auch im deutschen Sprachraum etabliert (z.B. Bröckling u. a. 2000).

wie man es für eine Studie der Gouvernamentalität vermuten könnte. Diese Durchsetzung kann als ein Moment der Etablierung gelten, die sich aber nicht darin erschöpft. Vielmehr gilt der Fokus dem diskursiven Kampf um Hegemonie in einem etablierten Feld. Was dies methodologisch bedeutet, soll in den folgenden Abschnitten diskutiert werden.

Eine der hier besprochenen Thesen ist, dass mit dem Einsatz von Qualität diskursive Naturalisierungsstrategien verbunden sind, die die weitreichenden Umstrukturierungen des Feldes der Weiterbildung und seiner Organisationsformen als notwendig und wünschenswert erscheinen lassen, indem »Qualität« zum Proprium des Feldes erklärt wird. Solche Strategien konnte man über weite Strecken in der Debatte zu lebenslangem, selbstgesteuertem Lernen finden, in der ein Subjekt, das an der Kapitalisierung seines Selbst arbeitet, als ein freies und »natürliches« Subjekt konstruiert worden ist, unter anderem mit Anleihen beim biologischen Konstruktivismus (vgl. Forneck/Wrana 2005; Wrana 2006).

Die folgenden Erörterungen sind daher gewissermaßen eine machtanalytische Zwischenreflexion inmitten abgeschlossener Diskursanalysen zum Selbstlernen – der Regierung des Könnens – und einer laufenden größer angelegten korpusgestützten Diskursanalyse zur Qualitätssicherung – der Regierung der Regierung des Könnens. Vorweggreifend sind damit zwei Ebenen der Analyse differenziert: Während die bildungspolitischen Programme und disziplinären Debatten über das lebenslange und das selbstgesteuerte Lernen der Frage nach der Regierung des Könnens gelten, der Mobilisierung von Potentialen im Humankapitalstand von Gesellschaften, beziehen sich die Programme und Debatten zur Qualitätssicherung in einer reflexiven Schleife auf die Regierung der Regierung des Könnens, sie gelten also der Frage, wie ein Weiterbildungssystem organisiert werden kann, das jene Mobilisierung leistet.

Ich möchte zunächst in einer Problemskizze die Entwicklung des Feldes und seiner Praktiken rekonstruieren, um dann in einer Reihe von methodologischen Konsequenzen die bereits angedeutete Verbindung einer Analyse diskursiver Praktiken mit einer Analytik der Gouvernamentalität zu diskutieren.

Die Natur der Dinge mobilisieren

Im Laufe des 19. Jahrhunderts, das hat Michel Foucault herausgearbeitet, hat man im Rahmen einer Kunst des Regierens entdeckt, dass diese es nicht mit statischen, unmittelbar beeinflussbaren Einheiten zu tun hat, sondern mit dynamischen Gebilden, die man indirekt beeinflussen muss, um sie zu regieren (Foucault 1999: 283; Rose/Miller 1994: 69). Dabei gibt es zu beeinflussende Parameter: zunächst und vor

allem den »Wohlstand der Nationen«, den Reichtum. Die liberale Kunst des Regierens bestand nun darin, die innere Funktionslogik dieser Einheiten zu erkennen und die besagten Parameter zu steigern. Aber gerade nicht, indem man sie von außen zu dieser Steigerung zwingt, sondern indem man ihre innere Logik zur Geltung bringt, sie ihrem Eigensinn, ihrem eigenen Zweck folgen lässt (Foucault 2004a: 145–150). Folgende diskursive Figur hat Foucault im Bereich der Ökonomie beschrieben: Wenn man den Regierten die Freiheit lässt, wenn man der Eigengesetzlichkeit ihres Tuns freien Lauf gibt, dann maximiert sich der Wohlstand wie von allein – fast schon natürlich. Aber im Liberalismus wird die Natürlichkeit dieser Entwicklung in eins gedacht mit der Gefahr ihrer Entartung. Foucault hat nachgezeichnet, wie die liberale Regierungskunst ein ganzes Arsenal von Praktiken installiert hat, die der möglichen Gefährlichkeit, die aus dem Freilassen der Natur der Dinge resultiert, entgegenwirkt und sie wieder einfängt (vgl. Foucault 2004b: 101ff.). Mit diesen Sicherheitstechnologien versucht der Liberalismus sicherzustellen, dass die Individuen ihre Freiheit auch in der rechten Weise gebrauchen. Die Versicherungsbranche ebenso wie der Wohlfahrtsstaat, aber auch des Bildungssystem können als Sicherheitstechnologien des Liberalismus gelten (im Überblick Lemke 1997: 211). Der Liberalismus der bürgerlichen Gesellschaft hat immer zu verdecken gesucht, dass Freiheit hergestellt und abgesichert werden muss, dass diese Freiheit bestimmte Interessen privilegiert, er hat ihr immer die Aura der »Natürlichkeit« verliehen. In dieser Naturalisierung bestand die ideologische Funktion der von ihm produzierten Diskurse.

Die selbe diskursive Figur taucht nun interessanterweise zeitgleich im neu entstehenden pädagogischen Denken – bei Jean-Jacques Rousseau und Immanuel Kant – auf: Man darf das Kind bzw. den Menschen nicht durch unmittelbaren Zugriff, nicht unterwerfend regieren. Man muss seine innere Gesetzlichkeit zur Geltung bringen, das Individuum zu seinem eigenen Zweck führen, indem man es frei lässt. Seit Rousseaus *Emile* kann Erziehung nicht mehr als die einfache Durchsetzung von Normen und Verhaltensweisen gelten, sondern als ein liberales Sicherungssystem, das die Menschen dahin bringen soll, ihre natürlich angelegte Freiheit in der rechten Weise zu gebrauchen (Rousseau 1983; vgl. Buck 1984). Und wieder findet sich die genannte Naturalisierungsstrategie: Das gesellschaftlich erwünschte und qua Erziehung gesellschaftlich herzustellende wird in die Natur des Menschen projiziert, um zu legitimieren, dass die Herstellung dieses Zustandes nichts als die Freilassung der Natur des Menschen sei.

Die Struktur der Weiterbildungsorganisationen

Während sich in den zwei Jahrhunderten Bildungsgeschichte seit Klassikern wie Rousseau im Bereich des Schulsystems eine ausgeprägte Steuerungsmaschinerie mit starken Hierarchien entwickelt hat, blieb die Bildung Erwachsener zunächst außerhalb der Interessen und damit auch der Gouvernentalitäten von Staat und Ökonomie. Auf diese Weise entwickelten sich komplexe Praktiken und Organisationen mit einer relativ hohen Autonomie ausgehend von den Partikularinteressen der jeweiligen gesellschaftlichen Trägerschichten. Erst in den 1960er Jahren im Rahmen der Bildungsreformen begann ein Prozess der Aneignung dieser etablierten Praxen, Institutionen und Organisationen der Erwachsenenbildung durch externe Akteure – eben Staat und Ökonomie. Diese neue Heteronomie, der relative Verlust von Selbstbestimmung, war für die existierende Erwachsenenbildung insofern attraktiv, als sie erhebliche Geldmittel versprach. Ausgangspunkt dieser neuen Entwicklung war, dass internationale Bildungsforschung und Bildungsökonomie systematisch einen Zusammenhang zwischen dem Reichtum auf der einen Seite und dem Können, dem Verhalten, den Mentalitäten der Menschen auf der Anderen festgestellt haben. Geplant war ein »liberales Sicherungssystem«, das den Reichtum der Gesellschaft steigern sollte, indem es das Individuum in Bewegung bringt. Das Individuum sollte das Recht haben, Zeit seines Lebens auf Bildungsmaßnahmen zurückzugreifen, und der Staat wollte erhebliche Mittel investieren, um ein Weiterbildungssystem aufzubauen, indem dieses Recht systematisch eingelöst werden kann (Deutscher Bildungsrat 1972 ; vgl. ausführlich Wrana 2006: 36ff.).

Dass diese erwarteten Mittel nur zu einem geringen Teil investiert worden sind und das liberale Sicherungssystem in der geplanten Weise nicht ausgebaut worden ist, ist eine eigene Geschichte. In der Folge ist der Bereich der Weiterbildung dennoch stark gewachsen. Seine Organisationsform mit den Prinzipien der Pluralität und Subsidiarität hat sich weiter ausdifferenziert und hat gouvernementale Strukturen mit einer Vielzahl von Akteuren herausgebildet, die je ihre materiellen Ressourcen und Interessen in das Feld einbringen. Es entwickelte sich ein völlig heterogenes und von keiner gegenwärtigen Statistik angemessen erfasstes System von privaten und öffentlichen, von allgemeinen und beruflichen Trägern, mit einer Mischfinanzierung aus öffentlicher Grundsicherung von Organisationen, aus Projektmitteln, aus Strukturförderungen gesellschaftlicher Großorganisationen und den Eigenmitteln von Individuen (vgl. Hummelsheim/Timmermann 1998; Kuhlenkamp 2006).

Dieses System hat eine Eigenkomplexität, einen Eigensinn gewonnen, der von keinem einzelnen – individuellen oder kollektiven – Akteur mehr gesteuert werden konnte. »Das Pädagogische« und die Präferenz für »das Subjekt« gehört zu diesem Eigensinn (vgl. Forneck 2002). Zu dieser Erhöhung der Eigenkomplexität des

Weiterbildungssystem hat der Staat in den Bildungsreformen übrigens mit drei Strukturentscheidungen den Grundstein gelegt:

Erstens. Der Staat hat einen Diplomstudiengang Pädagogik eingerichtet, der inzwischen zu den größten Diplomstudiengängen überhaupt gehört, auch wenn die Absolventen, wie die Professionsforschung gezeigt hat, nur bis zu einem gewissen Punkt eine einheitliche Profession mit einem Mandat zu handeln bilden, und nur eingeschränkt ein »professionelles Selbstbewusstsein« haben (vgl. Nittel 2000).

Zweitens. Der Staat hat zwischen 1965 und 1975, also in relativ kurzer Zeit eine Wissenschaftsdiziplin mit der Denomination Erwachsenenbildung/Weiterbildung mit immerhin im Schnitt einer Professur pro Universität »aus dem Boden gestampft«, mit dem Auftrag, entsprechendes Wissen für die Profession bereitzustellen. Diese Disziplin hat in über 30 Jahren Forschung und Entwicklung das »Selbstbewusstsein des Feldes« mitgeprägt.

Drittens. Der Staat hat die Interessengruppen und Verbände gefördert, die bisher schon Weiterbildung getragen haben: Volkshochschulen, Wirtschaftsverbände, Handwerkskammern, Kirchen, Gewerkschaften, Sozialverbände etc. Diese Verbände wurden allerdings nur gefördert, weil sie in erheblichem Maß kofinanziert haben und daher betrachten sie Weiterbildung nicht als Auftragsarbeit, sondern als »ihre Sache«.

Der Staat respektive »die Gesellschaft« hat also dem Feld in den Bildungsreformen die Aufgabe zugeteilt, das Können und die Mentalitäten der Erwachsenen im Sinne einer umfassenden Mobilisierung ihrer Potentiale zu regieren. Die Regierungspraktiken in den folgenden Jahrzehnten haben das Feld aber keineswegs homogener im Sinne dieser Ziele gemacht, sondern seine Komplexität gesteigert.

Neue Interessen – neue Akteure

Wenn der Staat stärkeren Einfluss auf das Feld gewinnen möchte, um bestimmte bildungspolitische Ziele zu erreichen, wie sie etwa der Lissabon-Prozess erfordert, in dem die Europäische Union zum führenden wissensbasierten Wirtschaftsraum der Erde gemacht werden soll, stellt sich erneut die Frage nach der Regierung der Regierung des Könnens und der Notwendigkeit einer Gouvernementalität der sich etablierenden Organisationen und Praktiken. Solche Versuche, die Machtverhältnisse zu verschieben, resultieren in einer Vielzahl von Aktionen mit unterschiedlichen Stossrichtungen. Wer hat die Macht im Feld? Und wo hat dieses Feld die Macht? Wenn die Akteure ganz auf die Autonomie des Feldes setzen, dann laufen sie Gefahr, sich und das Feld als Ganzes zu marginalisieren. Andererseits hat ein Feld mit jahrzehntelang etablierten Praxen einen gewissen Wert, es lässt sich kaum vom

Reißbrett neu entwerfen. Wer sich das Feld zunutze machen will, muss die darin aktiven Akteure für sich gewinnen. Bisher war die einzige Option des Staates, im Feld der Weiterbildung steuernd einzugreifen, die Vergabe von Fördermitteln, eine Manipulation der Finanzierungsstrukturen. Die damit losgetretene Dynamik gilt es im Folgenden noch etwas genauer in den Blick zu nehmen.

Die Etablierung von Qualitätssicherungssystemen dechiffriere ich in diesem Zusammenhang – entgegen den erklärten Absichten der Politik – als den Versuch, die Steuerung des Feldes zu intensivieren und seine Nutzbarkeit für externe Zielsetzungen zu erhöhen (vgl. Forneck/Wrana 2005: 166ff.). Die damit verbundenen Transformationen und Machtverschiebungen beginnen im Laufe der 1990er Jahre, sie bringen die Autonomie des Feldes zum Wanken.

Zum Einen wird im öffentlichen Diskurs die These laut, dass man sich in einer Wissensgesellschaft befinde und dass das Wissen mit einer sehr niedrigen Halbwertszeit verfallt, woraus folgt, dass immer mehr Menschen immer mehr lernen müssen und dass die Erstausbildung nun endgültig obsolet wird und Weiterbildung immer bedeutsamer (vgl. aus diskursanalytischer Perspektive Höhne 2003).

Damit verbunden expandiert der Markt beruflichen Lernens – forciert durch Wirtschaftsverbände und Unternehmen – zunächst an dem etablierten Feld der Weiterbildung vorbei. Die Akteure müssen die eigene Autonomie bis zu einem gewissen Punkt aufweichen, ohne sie zu verlassen, um sich diesen Bereich des beruflichen Lernens wieder anzueignen – und das haben sie getan.

Gleichzeitig wird die institutionelle Förderung durch die öffentliche Hand zurückgefahren, der berechenbarste Anteil der Mischfinanzierung wird geringer, die Akteure müssen die Eigenbeteiligung der Teilnehmerinnen erhöhen und sind folglich noch viel stärker als zuvor dem »Markt« ausgesetzt (vgl. Kuhlenkamp 2006). Dessen Gesetze betrachten einige Akteure der Erwachsenenbildung/Weiterbildung als dem Eigensinn des Feldes inkommensurabel.

Die Gouvernamentalität von »oben« differenziert sich aus. Zum einen werden internationale Organisationen immer bedeutender. Vor allem die OECD und die Europäische Union – die als neue Akteure auftreten (Schemmann 2006). Die OECD gibt zwar kein Geld für Umstrukturierungen oder Projekte, aber sie finanziert internationale Vergleichsstudien und setzt die Bevölkerungen in einer sehr geschickten Weise in ein Konkurrenzverhältnis, in einen Wettbewerb, der die Systeme dynamisiert. Die EU wiederum investiert enorme Summen in bestimmte Themen – momentan allem voran die Themen employability und Kompetenzentwicklung. Ab Ende der 1990er Jahre hat auch die neue rot-grüne Regierung seit langer Zeit wieder Gestaltungswillen von Seiten des Bundes am Feld der Weiterbildung gezeigt (vgl. KMK 2000). Damit versuchte ein neuer, alter Akteur, seinen Einfluss geltend zu machen und das System in einer bestimmten Weise umzugestalten. Er investierte

ebenfalls für das Feld nicht unbeträchtliche Mittel, auf die hoffen konnte, wer sich in eine bestimmte Richtung bewegt.

Die Reaktionsweisen des Feldes

Das Feld ist seit Mitte der Neunziger Jahre – inklusive der darin etablierten Akteure, Praktiken und Diskursen – unter Druck geraten. Es reagiert darauf unterschiedlich: Einige beklagen die »Ökonomisierung« und fordern das Eigenrecht von Bildungsprozessen (z.B. Pongratz 2000; Ahlheim 2001). Der Großteil der Akteure setzt auf das »selbstgesteuerte Lernen«, das allerdings – je nachdem, ob es ausgehend von Systemtheorie und Radikalem Konstruktivismus (z.B. Siebert 2001), von der kognitiven Psychologie (z.B. Kaiser/Kaiser 1999), von Foucaults Begriff der Selbstsorge (Forneck 2006) oder von der postmarxistischen Lerntheorie Klaus Holzkamps (z.B. Faulstich/Ludwig 2004) konzipiert ist, in recht unterschiedlichen Positionierungen resultiert. Die Grundthese der konstruktivistischen Position ist, dass man die Lernenden selbst lernen lassen kann und muss, und dass jeder Versuch einer pädagogischen Steuerung einen Übergriff darstellt. Der starke moralische Impetus verdeckt, dass die mit dem selbstgesteuerten Lernen versprochene Effizienzsteigerung des Bildungssystems durch Eliminieren des professionellen Aufwands eine bildungsökonomische Rückzugsstrategie ist, die über die Kapitalisierung des Selbst läuft (vgl. Forneck/Wrana 2005: 143f; Wrana 2006: 42f.). Es handelt sich dabei um eine Naturalisierungsstrategie: Das Lernen der Lernenden wird als natürlich gegeben deklariert und es wird behauptet, dass die Intervention von Lehrenden diese Eigen-dynamik nur beeinträchtigt. Zur Begründung dieser These wird im Konstruktivismus stark auf die biologische Hirnforschung zurückgegriffen. Die unausgesprochene Konsequenz dieser neoliberal revidierten Begabungstheorie ist, dass die gesellschaftlich hergestellte Ungleichheit zwar nicht mehr als bloße Differenz natürlicher Talente, dafür aber als unausweichliche Folge selbstgetroffener Entscheidungen gilt.

Auf der Ebene der Regierung des Feldes werden nun »Qualität« und »Qualitätssicherung« zu zentralen Einsätzen, mit denen staatliche Organisationen versuchen, erneut und vermehrt Einfluss zu gewinnen. Zunächst dachte ich, dass sich auch hier Naturalisierungsstrategien finden, parallel zum Diskurs über das Lernen und die Steigerung des Könnens. Aber die aktuelle Arbeit im Korpus zeigt, dass das wenig der Fall ist. Bisweilen, wenn feldexterne Personen in der Arena zu Wort kommen. Aber diejenigen Akteure, die im selbstgesteuerten Lernen Naturalisierungsstrategien lancieren, positionieren sich hier offenbar anders. Sie kämpfen für eine Autonomie des Feldes, dafür, dass innerhalb des Feldes die Regeln dieses Feldes Geltung haben

und keine anderen. Die Kombination dieser beiden Strategien – die relative Anpassung an die feldexternen Forderungen in Bezug auf die Leistungen des Feldes für andere Felder und die Option für Autonomie wenn es um die Regierung des Feldes geht – scheint die häufigste und hegemoniale Positionierung zu sein.

Methodologische Konsequenzen

Aus dieser kurzen Problemskizze ergeben sich eine Reihe von Konsequenzen, die Analytik der Gouvernamentalität und die Diskursanalyse auf eine bestimmte Weise anzulegen bzw. weiter zu entwickeln. Mit den folgenden vier Punkten möchte ich einige dieser methodologischen Entscheidungen diskutieren.

Erstens. Generell zeigt eine Analytik der Gouvernamentalität, dass die inneren, scheinbar quasi-natürlichen Gesetze, die die »good governance« in den dynamischen Gebilden zu erkennen meint, die Konsequenz von Praktiken der Macht sind. Dabei kann man sich methodisch folgende Beobachtung zu nutze machen: Während die programmatischen Textpassagen entsprechender Dokumente vor allem Legitimationen und Freiheitsbekundungen enthalten, sind es oft die konkreten Handlungsanweisungen, die »niederen Textpassagen«, in denen sich die andere Seite der Macht entbirgt, die man lesen kann, um zu sehen, wie das, was sich angeblich von ganz allein ergibt, auf raffinierte Weise hergestellt werden soll. Diese Spannungen herauszuarbeiten, ist im Groben die Aufgabe einer Diskursanalytik der Gouvernamentalität, die sich diskursiven Praktiken in programmatischen Texten und Handlungsanweisungen zuwendet. Mit dieser Fragestellung untersuche ich präskriptive Texte zur Qualitätssicherung, aber die Problemskizze sollte zeigen, dass diese Untersuchungsebene nicht hinreichend ist. Sie arbeitet zwar heraus, mit welchen Techniken welche gewünschten Zustände hergestellt werden sollen, aber sie lässt außer acht, welche Brüche sich im Kampf um die Gültigkeit solcher Praktiken ergeben. Die Analyse präskriptiver Texte ist daher nur eine der Untersuchungsebenen, nur ein Typus von Material.

Zweitens. Die Gouvernamentalität der Weiterbildung bildet eine verstreute Gouvernamentalität mit einer Eigendynamik, sie kann mit dem Modell einer Top-Down-Governance, wie im Schulbereich, nicht beschrieben werden. Hinzu kommt, dass unter Gouvernamentalität keine einfache Machtwirkung zu verstehen ist, die von einem zentralen Punkt her ausgeübt wird, sondern ein Netz von Handlungsweisen. Um diese Verstreuung zu beschreiben, muss eine Analytik der Gouvernamentalität aber neben den Praktiken der Machtausübung und Regulation auch die Formen der Gegenmacht, der Praktiken der Konsumption, der Kooperation, des Widerstandes etc. umfassen. Ihr Fokus gilt nicht nur Praktiken, deren Zweck es

ist, das Handeln anderer zu beeinflussen, sondern auch solchen, deren Zweck es ist, auf das Machthandeln und dessen Folgen Einfluss zu gewinnen. Zwischen dem Machthandeln und den Formen der Gegenmacht gibt es vielfältige Formen der Kooperation, des Profitierens, der Affirmation. Allerdings ist darüber hinaus fraglich, ob eine vorgängige Differenz von Macht und Gegenmacht, die nachträgliche Mischungsverhältnisse zu denken erlaubt, überhaupt ein angemessenes Modell ist, um diese Zusammenhänge zu begreifen. Diskursive Praktiken beobachte ich im Rahmen dieser Untersuchung als ein Moment der Ausübung und Dynamisierung solcher Machtverhältnisse. Sie geraten dann als Praktiken in den Blick, die selbst Machtpraktiken sind, deren Zweck es ist, die (diskursiven) Praktiken anderer zu beeinflussen. Im Fokus einer solchen Analyse steht dann der diskursive Kampf, der in den Zeitschriften geführt wird. Auf dieser Analyseebene geht es darum, in den Texten Positionierungen anhand diskursiver Figuren zu isolieren – beispielsweise anhand der aufgespannten Differenz von »Ökonomie« und »Pädagogik« und deren Wiederholungsweisen zu kartografieren.

Drittens. Es braucht Theorieelemente, die in diesem heterogenen Ensemble die Momente von Eigengesetzlichkeit beschreiben können, ohne den Horizont einer Machtanalyse zu verlassen. Diese Eigengesetzlichkeit lässt sich beobachten, wenn die Analytik der Gouvernamentalität mit Pierre Bourdieus Feldtheorie ergänzt wird (vgl. Forneck/Wrana 2005). Als Felder sind dabei gesellschaftliche Handlungszusammenhänge zu verstehen, deren Feldstruktur zum Untersuchungsgegenstand wird: Bezüglich spezifischer materieller Bedingungen – in diesem Fall Finanzierungsformen, bezüglich der Feldakteure – zum Beispiel Professionelle, Wissenschaftler/-innen, Weiterbildungsorganisationen (s. o) –, bezüglich der diskursiven Arenen, in denen die Kämpfe ausgetragen werden. Für die Untersuchung der Qualitätssicherung wurden daher zentrale Zeitschriften ausgewählt, in denen diskursive Kämpfe nicht nur ausgetragen werden, sondern die selbst eine Geschichte und eine spezifische Stellung im Feld haben, und so selbst Gegenstand diskursiver Kämpfe sind. Jede Äußerung in diesen Zeitschriften lässt sich dann als ein Schachzug im diskursiven Kampf im Feld und um das Feld betrachten. Neben der Untersuchung programmatischer Texte ist daher diese Analytik einer diskursiven Arena der zweite Untersuchungsschritt.²

Viertens. Nun wäre ein berechtigter Einwand, ob die Beobachtung der diskursiven Praktiken in öffentlichen Debatten die entscheidenden Orte der Auseinandersetzung in den Blick nimmt, und ob nicht andere Medien und Orte – Tagungen,

² Johannes Angermüller und Rainer Diaz-Bone verdanke ich den Hinweis aus der Diskussion zu diesem Vortrag, dass sich für die Analytik der Dynamik der diskursiven Kämpfe um Hegemonie innerhalb eines Feldes der hegemonietheoretische Ansatz von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe besser eigne als die Feldtheorie Pierre Bourdieus.

Verbandssitzungen, politische Gremien, Treffen von In-Groups – bedeutsamere Orte des diskursiven Kampfes sind. Auch ist zu fragen, wie Praktiken der Qualitätssicherung in den Organisationen installiert werden und wie sie das Handeln der Akteure verändern bzw. welche Praktiken diese wiederum etablieren, um sich die Qualitätssicherungspraktiken zu eigen zu machen, sie zu neutralisieren, ihnen zu widerstehen. In einem dritten Schritt werde ich daher mit Akteuren auf verschiedenen Hierarchieebenen, die in den Prozess der Etablierung von Qualitätssicherungssystemen in der Weiterbildung involviert waren, Interviews führen. Damit lässt sich dann auch empirisch der These nachgehen, dass die Bemühungen der Akteure um eine Autonomie des Feldes in das Gegenteil – eine Stärkung seiner Heteronomie – umschlagen. Aber man beobachtet damit nicht die Praxis selbst, oder die Macht selbst, sondern biografische Erzählungen von Machttransformationen – wiederum eine Diskursanalyse, aber nun anderer Art.

Schluss.

Im Fall der Regierung des Könnens ließen sich starke Naturalisierungsstrategien der Lernverhältnisse beobachten, die von den Akteuren des Feldes lanciert worden sind, um das Feld relevant zu machen. Die erwarteten Naturalisierungsstrategien scheinen sich im Fall der Regierung des Feldes – im Sprechen über Qualität – so nicht zu finden, offenbar, weil hier der Abgrenzungskampf der Akteure für ihr Feld überwiegt. Methodologisch besteht für eine Untersuchung dieser Praktiken die Notwendigkeit, die Felddifferenzierung und die Strategien der Akteure in Bezug auf das Feld in die Analyse mit einzubeziehen und die diskursiven Praktiken als Praktiken der Machtausübung in einem Feld zum Gegenstand der Analyse zu machen.

Literatur

- Ahlheim, Klaus (2001), »Mehr als Qualifizierung. Profil und Chancen öffentlich verantworteter Weiterbildung«, *Erwachsenenbildung*, H. 4, S. 184–188.
- Bröckling, Ulrich/Krasmann, Susanne/Lemke, Thomas (Hg.) (2000), *Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen*. Frankfurt a.M.
- Buck, Günther (1984), *Rückwege aus der Entfremdung. Studien zur Entwicklung der deutschen humanistischen Bildungsphilosophie*, Paderborn.
- Burchell, Graham/Gordon, Colin/Miller, Peter (Hg.) (1991), *The Foucault Effect. Studies in Governmentality*, Chicago.

- Dean, Mitchell (1999), *Governmentality. Power and Rule in Modern Society*, London.
- Deutscher Bildungsrat (Hg.) (1972), *Strukturplan für das Bildungswesen*, Stuttgart.
- Faulstich, Peter/Ludwig, Joachim (2004), *Expansives Lernen*. Baltmannsweiler.
- Forneck, Hermann J. (2002), »Selbstgesteuertes Lernen und Modernisierungsimperative in der Erwachsenen- und Weiterbildung«, *Zeitschrift für Pädagogik*, Jg. 48, H. 2, S. 242–261.
- Forneck, Hermann J. (2006), *Selbstlernarchitekturen*. Lernen und Selbstsorge, Bd. 1. Baltmannsweiler.
- Forneck, Hermann/Wrana, Daniel (2005). *Ein parzelliertes Feld. Eine Einführung in die Weiterbildung*, Bielefeld.
- Foucault, Michel (1999), *In Verteidigung der Gesellschaft*, Frankfurt a.M.
- Foucault, Michel (2004a), *Sicherheit – Territorium – Bevölkerung. Geschichte der Gouvernementalität*, Bd. 1, Frankfurt a.M.
- Foucault, Michel (2004b), *Die Geburt der Biopolitik. Geschichte der Gouvernementalität*, Bd. 2, Frankfurt a.M.
- Höhne, Thomas (2003), *Pädagogik der Wissensgesellschaft*, Bielefeld.
- Hummelsheim, Stefan/Timmermann, Dieter (1998), »Bildungsökonomie und Finanzierung der Erwachsenenbildung/Weiterbildung«, in: Knoll, Joachim (Hg.), *Internationales Jahrbuch der Erwachsenenbildung*, Bd. 26, Köln, S. 149–163.
- Kaiser, Arnim/Kaiser, Ruth (1999), *Metakognition. Denken und Problemlösen optimieren*, Neuwied.
- KMK – Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland (Hg.) (2000), »Selbstgesteuertes Lernen in der Weiterbildung. Beschluss der KMK v. 13/14.04.2000«, *DVV-Magazin Volkshochschule*, Jg. 7, H. 2, S. 49–51.
- Kuhlenkamp, Detlev (2006), »Finanzielle Ressourcen zur Teilhabe an Weiterbildung«, in: Fomeck, Hermann/Wiesner, Gisela/Zeuner, Christine (Hg.), *Teilhabe an der Erwachsenenbildung und gesellschaftliche Modernisierung*, Baltmannsweiler, S. 5–35.
- Lemke, Thomas (1997), *Eine Kritik der politischen Vernunft. Foucaults Analyse der modernen Gouvernementalität*, Berlin/Hamburg.
- Nittel, Dieter (2000), *Von der Mission zur Profession. Stand und Perspektiven der Verberuflichung in der Erwachsenenbildung*, Bielefeld.
- Pongratz, Ludwig A. (2000), »Ökonomisierung der Bildung – eine Packungsbeilage zu Risiken und Nebenwirkungen«, in: Rainer Funk (Hg.), *Erich Fromm heute. Zur Aktualität seines Denkens*. München, S. 121–137.
- Rose, Niklas/Miller, Peter (1994), »Das ökonomische Leben regieren«, in: Donzelot, Jacques/Meuret, Denis/Miller, Peter u.a. (Hg.), *Genealogie der Regulation*, Mainz, S. 54–108.
- Rousseau, Jean-Jacques (1983), *Emile oder Über die Erziehung*, Paderborn.
- Schemmann, Michael (2006), »Bildung als Wirtschaftsfaktor oder ›Bildung für alle‹? Die Perspektive der Weltbank auf Entwicklung und Aufgabe von Weiterbildung«, in: Forneck, Hermann/Wiesner, Gisela/Zeuner, Christine (Hg.), *Teilhabe an der Erwachsenenbildung und gesellschaftliche Modernisierung*, Baltmannsweiler, S. 98–106.
- Siebert, Horst (2001), *Selbstgesteuertes Lernen und Lernberatung. Neue Lernkulturen in Zeiten der Postmoderne*, Neuwied.
- Wrana, Daniel (2006), *Das Subjekt schreiben. Reflexive Praktiken und Subjektivierung in der Weiterbildung – eine Diskursanalyse*, Baltmannsweiler.